

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Geschäftsleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copadruk

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme höchstens 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. August 1930

Die Kommu-Nazi und wir.

Von Ph. Scheidemann.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Je näher wir dem Wahltag kommen, desto höher werden die Wogen der Begeisterung, leider aber auch die des Lugs und Trugs, des offenkundigen Wahlschwindels gehen. Was man jetzt schon im Wahlkampfe zu hören und zu lesen bekommt, ist bereits allerlei. Seit einigen Wochen krachen die Stuhlbeine, klirren die Fensterscheiben in den Versammlungssälen der Völkischen und Kommunisten aller Richtungen. Einem kommunistischen Opponenten haben seine bisherigen Freunde von der vorläufig allein seelig machenden Richtung Stalin, als er eine Lippe riskieren wollte, das Kamisol zerrissen und den Po verhauen. Dem Major Buchrucker aber, dem ebenso völkisch bewährten wie erfolglosen Putschisten, haben seine nationalsozialistischen Freunde etwas anderer Richtung das Nasenbein eingeschlagen. Nun schaut er aus wie ein slawischer Boxer und ist doch ein urgermanischer Hakennäsler - Pardon! - Hakenkreuzler.

Die Kommunisten nennen ihre nicht mehr ganz hakenreinen Freunde von gestern Lumpen und Verräter. Die Nazi um Goebbels aber schreiben den Nazi um Strasser: "Ihr habt euch eingefunden in die Reihen der Barmat, Sklarek--- Hindenburg usw. Euch Lumpenpack der Scheiterhaufen." So gleichartig die Kampfmethoden der Kommunisten und der Nazi gegenüber ihren eigenen Freunden von gestern sind, so gleichartig sind auch ihre geistigen Waffen: die haben sie immer griffbereit in den Hosentaschen. Wenn sie sich gegenseitig im geistigen Kampfe zu überzeugen suchen dann knallt es, zischt es zwischen die Rippen, oder die Schädeldecken bersten. So suchen sie unser armes Volk zu retten und glücklich zu machen. Da sie das immer wieder mit den gleichen Waffen, mit der gleichen Heftigkeit und der gleichen Aussichtslosigkeit versuchen, sei der Vorschlag wiederholt, die beiden Heerhaufen mit einem Sammelnamen zu kennzeichnen: "die Kommu-Nazi". Man erspart Zeit und Lungenkraft, Tinte und Papier, wenn man nicht immer zu sagen oder zu schreiben braucht die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP) und die "Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD). "Kommu-Nazi" ist kurz und bündig, klingt gut und lässt keinen Menschen im Zweifel, wer und was gemeint ist.

+ + +
Wir Sozialdemokraten sind immer bestrebt gewesen, nur an den Verstand der Wähler zu appellieren. Dabei konnten wir uns stützen auf ein wissenschaftlich fundiertes Programm, das klar und deutlich darlegte, was wir wollen, wie wir es wollen und warum wir gerade den Sozialismus auf dem Wege über die Demokratie wollen. Mit der Darlegung unserer Ziele haben wir in jahrzehntelangem Kampfe die Millionen treuer Anhänger gewonnen, die uns jetzt die Kommu-Nazi wegfangen wollen. Vergebliches Bemühen! Solange die Sozialdemokratie besteht, sind ihre Gegner bemüht gewesen, den "Marxismus" zu erledigen und die klassenbewusste Arbeiterschaft wieder für die "Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" einzufangen. Es ist in diesem Ringen um die Seele des Arbeiters auf bürgerlicher Seite nicht immer mit einwandfreien Mitteln gekämpft worden. Die seelige Spar-Agnes Eugen Richters war schon allerlei. Die Leimruten des Hofpredigers Stöcker sind auch noch unvergessen. Was die in ihrem eigenen Schmutz schliesslich alle erstickten

antisemitischen Parteigruppen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie an Verlogenheit produziert haben, liess eine Steigerung kaum noch als möglich erscheinen. Diese Annahme wurde widerlegt durch den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. In einem Meer von Verleumdung sollte die Sozialdemokratie ersäuft werden... Heute müssen wir gestehen, dass auch die Reichslügenverbändler Stümper gewesen sind, klägliche Stümper, wenn wir die Kommunazi an der geistigen Arbeit sehen.

+ + +

Die Kommunisten wie die Nationalsozialisten suchen ihren Anhang zu gewinnen nicht mit der Darlegung dessen, was sie selbst eigentlich wollen, sie suchen für sich zu werben, indem sie ihre Gegner mit Schmutz bewerfen. In der übelsten Lage sind freilich die Kommunisten, denn was die zustandegebracht haben, zeigt uns Russland: ein Ozean voll Blut; grausiger Terrorismus, schlimmer als in zaristischer Zeit; zahllose Todesstrafen Ausweisungen nach Sibirien; auf den Strassen aber stehen wieder mit zitternden Änien Frauen und Kinder, Brotmarken in den Händen, um ein Stück Brot an! Mit diesen Errungenschaften können die Kommunisten Propaganda nicht machen.

Aber die Nazi! Ihre Ziele und die Wege, die dort hinführen sollen - ! Dass Wotan, der völkische Gott, sich erbarme! Zwei Beispiele aus dem Reichstage:

A. Antrag Dr. Frick Nr. 1741: "...wer den sittlichen Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise bekämpft, oder wer an einer Vereinigung oder Verabredung wahrfeindlicher Bestrebungen teilnimmt wird mit dem Tode bestraft.

Wer öffentlich in Wort usw. Deutschlands Alleinschuld oder Mitschuld (!!!) am Weltkrieg behauptet,

wird mit dem Tode bestraft.

Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes.. künstlich zu hemmen oder in Wort, Schrift usw. solche Bestrebungen fördert, oder wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft...zur rassistischen Ver- schlechterung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht,

wird mit Zuchthaus bestraft.

B. (Das zweite Beispiel). Antrag Frick Nr. 492 verlangte die alsbaldige Haftentlassung der immer noch in den Kerkern der Republik schmachtenden echten deutschen Männer, nämlich der Fememörder, die die Nazi Femerichter nennen.

Zu den grössten Führern der Nazi gehören zweifellos Dr. Frick, Dr. Goebbels, und Wulle, leuter germanische Kriegsmänner. Frick sass in Pirmasens hinter dem Ofen, als die jetzigen Anhänger des Weltfriedens im Schützengraben lagen, Dr. Goebbels, der am lautesten von der Abschüttelung des Jochs spricht, kommt niemals für einen "siegreichen Kampf mit Frankreich" in Betracht, denn er hat - leider! - an einem sehr krummen O-Bein einen hoffnungslosen Klumpfuss, er wird niemals kv sein. Herr Wulle war während des ganzen Krieges reklamiert, damit er in Chemnitz als Redakteur schreiben konnte, es müsste bis zum letzten Tropfen Blut gekämpft werden - von den Anderen.

Das Programm der Nazi ist ziemlich einfach. Wer Gegner des Krieges ist, verfällt der Todesstrafe; der Christ, der eine Jüdin freit, kommt ins Zuchthaus; die Fememörder werden auf die Menschheit losgelassen. - -

Noch eines sei nebenbei festgestellt: die Kommunazi werben mit gleichem Eifer unter den Erwerbslosen, die sie für sich gewinnen wollen. Sie suchen die Bedauernswerten, für die wir mit gutem Erfolg gekämpft haben und weiter kämpfen werden, gegen uns aufzuhetzen. Wenn es von den Kommunazi abhängig gewesen wäre, so bekämen die Erwerbslosen keinen Pfennig Unterstützung, denn die Kommunisten wie die Nazi haben gegen das Gesetz betreffend die Erwerbslosenversicherung gestimmt!

Wir Sozialdemokraten werden, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft nur an den Verstand, an die gesunde Vernunft der Wähler appellieren.

SPD. Das Reichskabinett hat sich am Dienstag in mehrstündiger Debatte mit dem Gesetzentwurf des Reichsinnenministeriums zur Wahlreform beschäftigt. Die Debatte soll am Mittwoch fortgesetzt und abgeschlossen werden.

Der Gesetzentwurf sieht ausser dem Verschwinden der Reichsliste und der Erhöhung der Zahl der Wahlkreise von 35 auf 162 u.a. noch die Schaffung von 32 Wahlverbänden vor, die wiederum in 12 Ländergruppen zusammengefasst werden sollen. Ferner ist der Wegfall der amtlichen Stimmzettel in Aussicht genommen. Das bedeutet, dass künftig jede Partei, die sich um die Gunst der Wähler bewirbt, die erforderlichen Stimmzettel selbst zur Verfügung stellen muss. Schliesslich ist noch beabsichtigt, die Zahl der Stimmen, die zu einem Mandat erforderlich ist, von 60 000 auf 70 000 zu erhöhen. Dadurch würde der Reichstag bei der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Wahlbeteiligung etwa 50 bis 60 Abgeordnete weniger zählen als bisher. Auch die Einführung des Wahlzwanges spielt in den Beratungen des Kabinetts eine gewisse Rolle. Eine Mehrheit für diesen Gedanken dürfte sich jedoch innerhalb der Reichsregierung kaum ergeben.

SPD. Kiel, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die auf Drängen der Grossagrarien von der deutschen Regierung angeordnete Sperre der Einfuhr von Schlachtvieh aus Dänemark, die angeblich zur Verhinderung der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche (die allerdings in Schleswig-Holstein viel stärker auftritt als in Dänemark) erfolgte, hat in Dänemark eine Boykottbewegung gegen deutsche Waren hervorgerufen. Der Vorstand des dänischen Landwirtschaftsvereins hat an die dänischen Wirtschaftsverbände einen Aufruf erlassen, nach dem soweit als möglich vermieden werden soll, Waren aus Deutschland einzuführen, die man entweder von dänischen Fabriken oder aus anderen Ländern erhalten kann.

Die bürgerliche Morgenpresse äussert sich sehr entrüstet über die Boykottbewegung und verweist darauf, dass mehrere Unterzeichner des Aufrufs sich früher an der Grenze deutschfeindlich betätigt haben. An der deutsch-dänischen Grenze selbst ist die Bevölkerung indessen anderer Meinung. Auch in bürgerlichen Kreisen ist dort die Auffassung lebendig, dass Deutschland eine vernünftige Wirtschaftspolitik treiben soll, um Reibungen mit Dänemark zu vermeiden.

SPD. Paris, 19. August (Eig. Drahtb.)

"Paris Midi" schreibt am Dienstag über die Deutsche Staatspartei: "Es zeigt sich mehr und mehr, dass die demokratischen Führer, die die Staatspartei gegründet haben, Renegaten sind, die sich mit Pauken und Trompeten dem Jungde in die Arme geworfen haben. Es gehört jedenfalls eine unverzeihliche Portion Dummheit dazu, um in der Staatspartei wirklich eine Partei der Linken sehen zu wollen."

SPD. Angora, 19. August (Eig. Bericht)

Die von Kemal Pascha aufgeführte Komödie der Gründung einer Oppositionspartei in der Türkei wird lustig fortgesetzt. Die neue Partei nennt sich Republikanisch-Liberale Partei. In ihrem Programm fordert sie persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit für jedermann, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit, direkte Wahlen, Frauenwahlrecht, überhaupt alle in demokratischen Ländern selbstverständlichen Rechte und Freiheiten. An sich sind diese Freiheiten bereits in der türkischen Verfassung von 1923 vorgesehen, ohne jedoch bis heute in der Praxis auch nur zum Teil gewährleistet zu sein. Seit 1925 besteht in der Türkei eine hemmungslose Diktatur.

Fethi Bej, der Führer der neuen Partei, hat vielleicht den ernsthaften Wunsch, etwas mehr, wenn auch "nicht zuviel" Demokratie zu gewähren. Er ist jedoch im Grunde genommen genau so autokratisch wie Kemal Pascha und Ismet Pascha.

Tatsächlich ist die Neugründung gar nicht von den Demokraten des Landes ausgegangen. Sie bezweckt in Wirklichkeit nichts anderes als die Stellung des Diktators Kemal Pascha neu zu festigen und seinem Teilhaber an der Diktatur, Jsmet Pascha, das Heft aus der Hand zu nehmen. Hat Kemal Pascha sein Ziel erreicht, dann wird er auf die jetzt unter seinem Beistand verkündeten Ziele ebenso pfeifen wie bisher.

Trotzdem ist das Gros der städtischen Bevölkerung von der Neugründung entzückt. In den letzten Tagen ist fast täglich eine neue Zeitung erschienen, wie lange diese Blätter leben können, ist eine andere Frage. Ihre Kritik an den Massnahmen und der Politik der Regierung ist geradezu herausfordernd. Was vor einem Jahre oder gar vor wenigen Wochen noch mit Zuchthaus bestraft worden wäre, wird heute offen gesagt. Jsmet Pascha wird tagtäglich vorgehalten, dass er das Land in den Ruin geführt habe. Selbst die Schuhputzer auf den Strassen führen ungestraft Spottreden gegen die Regierung im Munde. Dagegen ist Kemal Pascha für die grosse Mehrheit der primitiven Gehirne der guts Volksmann, der dem bösen Jsmet Pascha sein Vertrauen geschenkt hat und sich jetzt getäuscht sieht. Nur wenige denken daran, dass in erster Linie Kemal Pascha für die Politik Jsmet Paschas verantwortlich ist und der kluge Kemal wieder einmal nur das Steuer herumschwenkt, wo Jsmets Politik von einem Misserfolg bedroht ist und es ihm aus persönlichen Gründen angebracht erscheint, sich von seinem Ministerpräsidenten zu distanzieren.

Die Arbeiterschaft teilt den Rausch der Verzückung, von dem das Gros des Bürgertums plötzlich befallen worden ist, nicht. Sie hat zu böse Erfahrungen gemacht und ist von den jetzt gegeneinander intrigierenden Machthabern zu oft genarrt worden, um ihnen jetzt zu trauen. Die Führer der türkischen Sozialdemokratie, die 1923 von den Diktatoren zerschlagen wurde, halten sich deshalb gänzlich zurück. Zunächst wird der Veteran der türkischen sozialdemokratischen Führer, Dr. Ali Risa Bej, Ende August wieder eine Zeitung herausgeben, die "İnkilap" (Revolution) heissen soll. Ob die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit auch an die Schaffung einer neuen Organisation geht, hängt von der weiteren innerpolitischen Entwicklung ab.

SPD. Der von den Demokraten im Wahlkreis Hessen als Spitzenkandidat für die Staatspartei in Aussicht genommene Rektor Reiber hat auf die ihm angetragene Kandidatur verzichtet. Diesem Verzicht geht eine Vorgeschichte voraus, die den Charakter der Deutschen Staatspartei im richtigen Licht erscheinen lässt.

Reiber gilt seit langem als ehrllicher Demokrat und aufrechter Republikaner. Aus diesem Grunde hat die Volksnationale Reichsvereinigung gegen die Kandidatur Reibers protestiert und dem Aktionsausschuss der Deutschen Staatspartei in Hessen mitgeteilt, dass die Volksnationale Reichsvereinigung auf keinen Fall eine Liste billigt, auf der Reiber stehe. Rektor Reiber hat daraufhin erklärt, dass er auf die Spitzenkandidatur verzichte. Die Deutsche Staatspartei biete ihm keine Gewähr für eine wirkliche demokratische Politik. Nach dieser Erklärung bereitete der Landesausschuss der hessischen Demokraten Reiber eine stürmische Ovation. Nach langem Hin und Her wurde dann schliesslich der zweite Bürgermeister der Stadt Mainz Dr. Ehrhardt als Spitzenkandidat nominiert. Von ihm heisst es, dass er Demokrat vom Format des vielfachen Aufsichtsrats Fischer-Köln ist. So halftert die Deutsche Staatspartei einen ehrlichen Demokraten und überzeugten Republikaner nach dem anderen ab.

SPD. Paris, 19. August (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag vormittag um 11 Uhr ist in Paris der Dichter und Bühnenautor André Rivoire einer längeren Krankheit erlegen. Rivoires Glanzzeit liegt in der Vorkriegszeit, aber noch in den letzten Jahren gelang es ihm, an den Traditions-Theatern Frankreichs eine Reihe von Bühnenerfolgen zu erzielen. Sein Lustspiel

"Mein Freund Peppi" ist über fast sämtliche Bühnen Europas gegangen. Sein besonderes Augenmerk hat Rivoire den Léhar'schen Operetten zugewandt. Von ihm stammen die französischen Fassungen von Paganini und Friederike.

SPD. In der Dienstag-Ausgabe des von der nationalsozialistischen Opposition herausgegebenen "Nationalsozialist" richtet Dr. Eugen Mossakowsky an den Führer der Berliner Nationalsozialisten, jenen berüchtigten verleumder und Lügner Goebbels, einen Offenen Brief, in dem es u.a. heisst:

"Herr Dr. Goebbels: Auch in der Berufungsinstanz im Hindenburg'schen Beleidigungsprozess haben Sie sich mit keinem Wort geäußert, wo, wann und warum Sie für Herrn von Hindenburg 14 Tage in belgischen Gefängnissen gesessen und dort mit Reitpeitschen misshandelt worden sind. Um Ihnen eine letzte Gelegenheit zur Äusserung unter Eid zu geben, nehmen Sie folgendes zur Kenntnis: Ein Mensch, der wie Sie im vorliegenden Falle so bewusst die Unwahrheit gesagt hat, heisst im Sprachgebrauch ein abgefeimter Lügner. An Ihnen ist es nun, in einem Beleidigungsprozess gegen mich zu beweisen, wo, wann und warum Sie für Herrn von Hindenburg 14 Tage in belgischen Gefängnissen gesessen und dort mit Reitpeitschen misshandelt worden sind."

Ob der "abgefeimte Lügner" reagieren wird?

SPD. Weimar, 19. August (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Finanzminister Baum dringt, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, seit längerer Zeit aus finanziellen Gründen darauf, dass das Wirtschaftsministerium aufgelöst und seine bisherigen Aufgaben von den anderen Ministerien miterledigt werden. Der Plan geht dahin, dem gegenwärtigen Justizminister Dr. Kästner, der zurzeit das Justiz- und das Wirtschaftsministerium verwaltet, nach der Zusammenlegung neben dem Justiz- auch die Verwaltung des Volksbildungsministeriums zu übergeben. Frick, der augenblicklich noch Volksbildungsminister ist, müsste sich dann auf das Innenministerium beschränken. Danach scheint der Landbund Herrn Frick nicht direkt abhalftern, aber mehr und mehr kaltstellen zu wollen.

SPD. In den letzten Tagen hat der Führer der Deutschen Volkspartei mit Vertretern der Konservativen Volkspartei und der Wirtschaftspartei wiederholt über die Möglichkeiten eines gemeinsamen Wahlkampfes und einer gemeinsamen Zusammenarbeit nach der Wahlverhandelt. Man erwartet, dass am Mittwoch oder Donnerstag eine Verständigung über einen gemeinsamen Wahlauf Ruf zustandekommen wird. Ausserdem ist beabsichtigt, schon jetzt eine Art Fraktionsgemeinschaft der drei Parteien für den neuen Reichstag festzulegen.

SPD. Wien, 19. August (Eig. Drahtb.)

Das Organ des Landbundes teilt mit, dass die Regierung beabsichtigt, die Frage der Neuregelung des Eherechts und im Zusammenhang damit die Frage eines neuen Konkordats von sich aus vor dem Parlament aufzurollen. Eine Fühlungsnahme mit dem Vatikan sei zu diesem Zwecke bereits erfolgt.

SPD. Dresden, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die Tagung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen wurde am Dienstag abgeschlossen. Die vom Vorstand und Beirat vorgelegten Satzungsänderungen wurden angenommen. Danach soll die Beschlussfassung über die Wahl des Vorstandes künftig Sache einer etwa 350 Vertreter zählenden Delegiertenversammlung sein. Daneben bleibt der traditionelle Krankenkassentag als Demonstrationstag bestehen; er wird aber, wenn kein besonderes Bedürfnis vorliegt, nicht wie bisher alljährlich einberufen werden.

In der Frage der Arbeitsgemeinschaftenbildung zur Förderung der Gesundheitsfürsorge nahm der Krankenkassentag eine Entschliessung an, in der bedauert wird, dass die von allen Beteiligten Körperschaften der öffentlichen und privaten Gesundheitsfürsorge als dringend und notwendig anerkannte und außerbereits angebahnte Gemeinschaftsarbeit aufs schwerste durch die Drosselung der Einnahme der Sozialversicherung bedroht wird. Die "Sparmassnahmen" - betont die Entschliessung - werden der Krankenversicherung und damit dem Volksgesundheitsdienst 300 Millionen Reichsmark entziehen. Der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind durch die Herabminderung der Einkünfte aus den Zolleinnahmen von 40 auf 20 Millionen Mark jährlich und durch das unerfüllt gebliebene Versprechen auf Zuwendungen aus den Lohnsteuereinnahmen des Reiches bedeutende Mittel entzogen. Der Reichsverband deutscher Landesversicherungsanstalten ist bereits mit Rücksicht darauf von der Durchführung des Abkommens zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zurückgetreten. Dadurch wird die wirksame Bekämpfung der wichtigsten Volkskrankheiten in der Gemeinschaftsarbeit unmöglich gemacht. Der 34. Deutsche Krankenkassentag erwartet daher von der Reichsregierung geeignete Massnahmen, damit die für die Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung vorgesehenen 20 Millionen Mark nicht zur Stärkung der Finanzen der Invalidenversicherung herangezogen, sondern für die Durchführung der Richtlinien für die Gesundheitsfürsorge sichergestellt werden.

SPD. Tarbora, 19. August (Eig. Drahtb.)

200 maskierte Weisse holten am Dienstag einen jungen Neger aus dem Gefängnis, der vor Wochen zwei weisse Mädchen angegriffen hat. Der wehrlose Gefangene wurde von seinen Peinigern an einen Baum gehängt und zu Tode gemartert.

SPD. London, 19. August (Eig. Drahtb.)

Der dem untergegangenen englischen Dampfer "Tahiti" ebenfalls zu Hilfe geeilte Dampfer "Penybryn" befindet sich seit Dienstag in schwerer Seenot. Von der "Tahiti" sind sämtliche Reisende und Mannschaften gerettet worden. Die Passagiere sollen in San Franzisko an Land gebracht werden. Die Besatzung ist mit einem anderen Schiff auf dem Wege nach Neuseeland.

SPD. Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Berliner Metallindustrie, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind gescheitert. Die Metallindustriellen zeigten keinerlei Entgegenkommen in der Hauptfrage. Sie waren nicht willens, Garantien dafür zu geben, dass keine neuen Entlassungen erfolgen. Sie erklärten sich lediglich bereit, etwa 75% der Kündigungen zurückzunehmen, bestanden jedoch nach wie vor auf Gehaltskürzung und unbedingter Bewegungsfreiheit in der Entlassungsfrage.

SPD. Paris, 19. August (Eig. Drahtb.)

Eine eigenartige Krise ist in der berühmten französischen Künstlerkolonie, der Villa Medici in Rom, die der französischen Akademie für die schönen Künste untersteht, ausgebrochen. Der Verwalter des Instituts, der zurzeit in Paris weilt berichtet darüber in der französischen Presse, dass die Hochburg der französischen Kunst vollkommen demoralisiert und die hohe Weiblichkeit dafür verantwortlich ist.

Vor Jahren schon beklagten sich die Geniesser des Stipendiums der Villa Medici darüber, dass die harten Statuten der Stiftung jeden Verkehr mit Frauen untersagten. Als ihre Proteste nichts halfen, kam es zu einer Art Palastrevolution. Es wurde durchgesetzt, dass in Zukunft Damenbesuche in dem Kunsttempel empfangen werden durften. Von diesem Recht machten die Insassen der Villa Medici ausgiebigen Gebrauch. Schliesslich liessen sie die Frauen bei sich wohnen. Verein zelt schlugen auch die Schwiegereltern der Paare ihre Lager in der Villa auf. So wurde die einstige Stätte der idealen Kunst zu einer Familienkolonie, in der Frauen kochen, waschen, schreiende Kinder wiegen und die Mäbner in ihre kleinen häuslichen Sorgen ziehen.

Wenn es so weiter gehe - so erklärt der Verwalter des Instituts - sei durch die Schuld der Frauen der Sinn des Werkes der Villa Medici verloren. Er hat deshalb von der zuständigen Stelle in Paris die Aufhebung der liberalen Zugeständnisse verlangt, d.h. das Verbot, weiterhin Frauen in dem Kunsttempel zu beherbergen.

SPD. London, 19. August (Eig. Drahtb.)

Selten hat ein Ereignis so tief und so nachhaltig auf die englische Öffentlichkeit gewirkt wie die grundsätzliche Bejahung der Geburtenkontrolle durch die anklisanische Bischofskonferenz. Immer noch diskutiert und erörtert die Presse diesen Beschluss in langen Artikeln.

Der "Observer" kennzeichnet ihn so, wie er von dem englischen Volk verstanden wird: "Zum ersten Mal in der Geschichte der christlichen Kirche hat eine Versammlung von Bischöfen entschieden, dass die Empfängniskontrolle nicht immer und nicht notwendig ein Unrecht ist." Die Orthodoxen revoltieren und die Nationalisten jammern: das Ende der englischen Familie und der Selbstmord der englischen Rasse habe begonnen. Bischof Dr. Georg, der einflussreiche Führer der anklisanischen Kirche und Gegner des Beschlusses, plant sogar mit seinen Anhängern eine grosse Aktion. Auch die Bischöfe von Südafrika und Westindien wollen diesem Beispiel folgen und die Erlaubnis der Geburtenkontrolle feierlich widerrufen, sodass mit schweren Auseinandersetzungen innerhalb der anklisanischen Kirche gerechnet werden muss. Ausser den anklisanischen Katholiken hat jedoch auf der Konferenz nur ein einziger englischer Bischof gegen den Beschluss gestimmt, während sich verschiedene andere der Stimme enthalten haben. Die hinter dem Beschluss stehende Kirchenmehrheit setzt sich jedoch kräftig zur Wehr und verteidigt sich. "Es ist ein edler Beschluss", ruft der Prediger Canon Donaldson von der Kanzel der Westminster-Abtei, "wie wir keinen grösseren seit der Reformation erlebt haben".

Die streng kirchliche und konservative "Morning Post" unterstützt am Dienstag ebenfalls die Bischofsmehrheit und veröffentlicht den Kommissionsbericht, der der Lambeth-Konferenz als Grundlage für ihren Beschluss gedient hat. In diesem Bericht heisst es: In unseren Zeiten hat sich die Geburtenzahl um 50 Prozent vermindert. Daraus ist ersichtlich, dass die Verhütungsmethoden in allen Klassen der Gesellschaft bekannt sind und angewandt werden. Die Kirche fühlt sich deshalb verpflichtet, in einer Angelegenheit, die die Gewissen derart trübt, ein Führer zu sein. Entgegen der Tradition der katholischen Kirche kann deren Auffassung in dieser Frage nicht als die notwendige Endentwicklung betrachtet werden denn die Ueberlieferung der katholischen Kirche ist auf keine Direktive des neuen Testaments zurückzuführen. Wenn aber eine Kirche in dieser Frage führend sein will, so muss sie frei und offen sprechen und den Tatsachen der modernen Zivilisation ins Auge blicken. Wo die gegen den Sinn der Ehe verstossende Enthaltensamkeit nicht möglich ist und dennoch eine Empfängnis aus den verschiedensten Gründen nicht stattfindet

kann, darf die Kirche die wissenschaftlichen Methoden der Empfängnisverhütung nicht vereammern, sofern gute moralische Gründe hierfür vorhanden sind und sofern die Eheleute ihr Gewissen vorher streng geprüft haben.

So der Kommissionsbericht, der jenem Beschluss der Bischofskonferenz zu Grude lag, in dessen entscheidenden Satz es heisst: "Es gibt Umstände im ehelichen Leben, die die Beschränkung der Familienzahl durch gewisse Mittel rechtfertigen und sogar verlangen." Dean Inge von der Londoner St. Pauls-Kathedrale, ein bedeutender anklisanischer Theoretiker, fügte dem am Montag in einer Konferenz moderner Kirchenleute hinzu: "Wir können nicht an der Frage der Kinderzahl vorbeigehen in einer Zeit, wo jeder Zweig des sozialen Lebens rationell kontrolliert wird. Die Frage der Qualität der Bevölkerung ist zuletzt ebenso notwendig wie die Frage der Quantität."

Nimmt man ferner jene Beschlüsse der Lambeth-Konferenz hinzu, die den Krieg verdammen und die die Bibel nicht als Dogma sondern nur als eine Reihe von Berichten und Erzählungen betrachten, so ergibt sich klar und deutlich, dass die anklisanische Kirche bemüht ist, die Fühlung mit der Zeit und dadurch mit der sozialen, geistlichen und sittlichen Not der Volksmassen nicht zu verlieren.

SPD. Rendsberg (Schl. Holst.), 19. Aug. (Eig. D.)

Der starke Nordwestwind der letzten Tage und die Flut haben in den Fluss Sorge, einen Nebenfluss der Eider, grosse Wassermengen getrieben, sodass das Wasser an mehreren Stellen über die Deiche getreten ist. An einer Stelle ist der Deich etwa 10 Meter gebrachen, sodass die hinter ihm liegenden Ländereien bei jeder Flut unter Wasser gesetzt werden.

SPD. London, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die Dienstag-Ausgabe des "Daily Telegraph" enthält den Inhalt eines Briefes, den Gandhi angeblich dem indischen Vizekönig durch die Friedensvermittler hat überreichen lassen. Der gefangene Führer der indischen Freiheitsbewegung erklärt, gemäss dem Bericht des "Daily Telegraph", dass die Labourregierung nur über eine Minderheit im Parlament verfüge und es ihr deshalb gegenüber der Mehrheit der Konservativen und Libaralen nicht möglich wäre, dem indischen Volk die Freiheit in Form des Dominionstatus zu gewähren. Gandhi ersucht den Vizekönig und die Labourregierung jedoch, den Dominionstatus von sich aus auf die Tagesordnung der britisch-indischen Konferenz zu setzen und vorwärts zu treiben. Zum Beweis für den guten Willen der Arbeiterregierung verlangt er eine Amnestie für alle indischen politischen Gefangenen. Als Gegenleistung erklärt er sich bereit, sein Einverständnis zur Zurückziehung der Aufforderungen zu den Gesetzesübertretungen zu geben.

Es fällt auf, dass der "Daily Telegraph" seine Meldung in einem Leitartikel kommentiert, in dem er die Regierung warnt, sich auf das "Ultimatum" Gandhis einzulassen. Im Gegensatz dazu ist unter der Voraussetzung, dass der Inhalt des Briefes richtig wiedergegeben ist, festzustellen, dass damit endlich der Weg zu einem Uebereinkommen zwischen England und der indischen Freiheitsbewegung als durchaus gegeben erscheint.

SPD. Prag, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die tschechische Presse meldet, dass aus den Beständen der tschechoslowakischen Armeeverwaltung 125 000 Infanteriegewehre des österreichischen Modells 1895 und 4000 Maschinengewehre sowie die dazu gehörige Munition nach Ungarn verkauft bzw. verschoben worden sind. Die Waffen, die von der tschechoslowakischen Armee aus den Beständen der alten österreichischen Armee übernommen worden waren, aber nicht benutzt werden konnten, weil die tschechische Armee mit anderen Modellen

ausgerüstet ist, sollen mit italienischem Gelde aufgekauft und bezahlt worden sein. Wer die Waffen verkauft bzw. verschoben hat und an welche Personen sie veräußert wurden, ist bisher noch unbekannt. Die tschechische Presse fordert von der Militärverwaltung Aufklärung über die "mysteriöse Angelegenheit".

Mehrere tschechische Blätter melden im Zusammenhang mit dem Verkauf bzw. der Verschiebung der Waffen, dass auch die österreichische Heimwehr aus den Waffenbeständen der tschechischen Armee versorgt worden ist.

SPD. Wien, 19. August (Eig. Drahtb.)

Der Erfinder der sogenannten Raumkraft Karl Schapeller, der in einem Schloss in Ober-Oesterreich eine Fabrik zur Auswertung dieser angeblich neuen Kraft errichtet hatte und zahlreiche Leichtgläubige um viele Hunderttausend Schilling geschädigt hat - darunter Wilhelm von Doorn -, ist vor einigen Tagen spurlos verschwunden. Nachdem von verschiedenen Seiten gegen ihn wegen Betruges Strafanzeige erstattet worden war, ist er vermutlich ins Ausland geflüchtet.

SPD. Wustrow (Meckl.), 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag vormittag wurden in der Nähe der Halbinsel Wustrow die Leichen des katholischen Pfarrers Becker, der sich auf der Insel Poel zur Kur aufhielt, und eines Studenten Peters gefunden. Beide hatten vor einigen Tagen eine Paddelbootfahrt unternommen und in der stürmischen Ostsee den Tod gefunden.

Die Reichstagskandidaten der S.P.D.

Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau): Philipp Scheidemann, Franz Metz, Heinrich Becker, Michael Schnabrick, Andreas Portune, Otto Witte, Friedrich Hofacker.

Wahlkreis 20 (Köln-Aachen): Wilh. Sollmann, Hans Böckler, Hans Kappertz

Wahlkreis 21 (Koblenz-Trier): Emil Kirschmann, Franz Grüber, Peter Brand

Wahlkreis 22 (Düsseldorf-Ost): Heinrich Limbertz, Lore Agnes, Robert Daum, Karl Zöllig.

Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West): Paul Gerlach, Johann Thabor, Alfred Schätz, Otto Schulenberg, Magda Wilke.

Wahlkreis 27 (Pfalz): Johannes Hoffmann, Fr. Wilh. Wagner, Wilh. Hoffmann-Kaiserslautern, Marie Wolf-Speyer,

Wahlkreis 29 (Leipzig) Richard Lipinski, Hugo Saupe, Engelbert Graf, Margarete Starrmann-Hunger, Cornelius Gellert.

Wahlkreis 34 (Hamburg): Peter Grassmann, Johanna Reitze, Biedermann, Bergmann, Karl Olfers, Heinr. Steinfeld.

Die Wahlkreise 28 (Dresden-Bautzen) und 30 (Chemnitz-Zwickau) stellen ihre Kandidaten am kommenden Sonntag auf.

Von den bisherigen Abgeordneten werden nicht mehr kandidieren:

Wilhelm Bock, Karl Ulrich, Heinrich Peus, Robert Schmidt, Lübbring, Staab, Kotzke, Schlicke, Dr. Quessel, Bülow, Jacobshagen, Brosswitz, Anna Siemsen, Luise Schiffgens und Marie Arning.

Die Reichsliste der S.P.D. wird am Donnerstag von einer vom Parteiausschuss der Sozialdemokratie gewählten Kommission festgesetzt.

SPD. Paris, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die "Italia", das Organ des Verbandes der italienischen Antifaschisten in Frankreich, veröffentlicht eine recht befremdlich anmutende Meldung aus Berlin über die Haltung der deutschen Diplomatie im französisch-italienischen Streit.

Die Meldung, die das Blatt "aus gut informierter diplomatischer Quelle" bezogen haben will, besagt, dass man sowohl von italienischer wie von französischer Seite aus alle Anstrengungen mache, um Deutschland in die italienisch-französische Kontroverse hineinzuziehen. Dr. Curtius habe zwar den angeblichen Vorschlag Briands, einer Konferenz zu dritt, ebenso abgelehnt wie eine Einladung Mussolinis nach Rom, doch sei damit durchaus nicht gesagt, dass Deutschland nicht mit Mussolini gemeinsames Spiel für die Revision der Friedensverträge machen wolle. Alle Beteuerungen der deutschen Neutralität liefen vielmehr darauf hinaus, für eine etwaige Zuspitzung des italienisch-französischen Konfliktes freie Hand zu behalten. Dagegen werde Dr. Curtius bereits im September im Rahmen der Aussprache über das Europa-Memorandum Briands in Genf bedeutende Erklärungen über die Stellungnahme Deutschlands zu der italienisch-französischen Auseinandersetzung abgeben.

Soweit die Meldung des antifaschistischen Blattes, an der zunächst richtigzustellen ist, dass ein offizieller Briand'scher Vorschlag für eine Konferenz zu dritt nicht existiert. Im übrigen mag von französischer und italienischer Seite der Versuch gemacht worden sein, sich über die Haltung Deutschlands bei etwaigen Konflikten zwischen Rom und Paris zu informieren, jedoch haben diese Sondierungsversuche von französischer Seite niemals zu irgend einem offiziellen Schritt geführt. Ebenso befremdlich ist der Kommentar, mit dem das Blatt der italienischen Antifaschisten, also durchweg links gerichteter Elemente, seine Meldung versieht. Es muss allerdings auch gesagt werden, dass früher, als es sich Treviranus noch nicht leisten konnte, ungehindert die deutsche Politik im Auslande zu kompromittieren, kein ausländisches Organ, in dessen Redaktionskollegium ausschliesslich Liberale und Sozialdemokraten sitzen, gewagt hat, der Wilhelmstrasse ähnliche Winkelzüge zu unterstellen.

Aus aller Welt

Tragödie der Liebe.

Der Freitod der Schauspielerin Kitty Girardi.

SPD. Es ist erst wenige Monate her, da brachte der Draht die erschütternde Kunde von dem Tode der Schauspielerin Maria Orska, die ein Dasein, das ihr unerträglich schien, mit Veronal beendete. Ein Dasein, das viel Glanz, viel Freude, viel Erschütterung gespendet hatte. Noch täglich wallfahrten dankbare Menschen nach dem einfachen Grab auf dem Friedhof in München-Schwabing, wo Maria Orska zur letzten Ruhe gebettet ist. Ein paar einfache Steinchen formen die Initialen M.O. Diese Steine und eine grosse Menge stets frischer Blumen sind das Einzige, was das Grab der Künstlerin vor den anderen auszeichnet.....

Die Blätter sind voll von einem neuen Freitod einer Schauspielerin. Auch sie trägt einen bekannten Namen: Girardi. Girardi - das war der Name ihres Gatten; der Name des Wiener Komikers, der jetzt in Berlin wirkt. Girardi - vor allem kennt die Welt diesen Namen auch dadurch, dass ihn der Vater des Künstlers trug, das war der Wiener Komiker Alexander Girardi, ein Menschendarsteller von grossem Format. Kitty Huber, das ist der Mädchenname der Toten. Sie war auch Schauspielerin, hat aber nur wenig gespielt. Grösser als ihre Leidenschaft für das Theater war offenbar die für die Liebe. An ihr starb sie.

Kitty Huber stammt aus einer österreichischen Industriellenfamilie. Gegen dem Willen der Eltern ging sie zum Theater, trat aber wieder von der Bühne ab, als sie einen reichen Wiener Bankier kennen lernte, den sie heiratete. Als sie Toni Girardi kennen lernte, liess sie sich von ihrem Manne scheiden. Es ist Tragik um das Liebesglück dieses Mannes. Schon zwei Mal war er verheiratet und beide Mal endete die Ehe mit dem Freitod seiner Frau. Toni musste eine zeitlang in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Die am 2. Mai 1929 in Wien geschlossene Ehe mit Toni Girardi war von Anfang an unglücklich. Toni Girardi war sehr verschwenderisch - möglicherweise war das der Ausgangspunkt der Zerwürfnisse, die immer heftigere und hässlichere Formen annahmen. Die Ehe wurde immer unglücklicher, die Liebe der Frau trotzdem grösser. Dann kam das Engagement des Künstlers nach Berlin. Kitty Girardi gab ihre Wiener Heimat auf, um mit ihrem Mann in die kältere, nördlichere und vielleicht etwas weniger herzliche Stadt zu ziehen, in der sie keinen Menschen kannte und in der sie sich ziemlich fremd fühlen musste. Nichts änderte sich im Unglück des Paares: Toni Girardi reichte die Scheidung ein. Kitty wohnte nun allein in der eben erst bezogenen hochelegant eingerichteten Zehnzimmerwohnung in der Prinzregentenstrasse in Wilmersdorf, während sich ihr Gatte am Nürnbergerplatz eine eigene gemietet hatte.

Kitty war totunglücklich. Sie erklärte, dass sie die Trennung nicht überleben werde. Ruhelos eilte sie von Gesellschaft zu Gesellschaft, nur um recht oft Gelegenheit zu finden, mit ihrem Manne zusammenzutreffen. Immer wieder flehte sie ihn an, bei ihr zu bleiben. Immer wieder lehnte Toni Girardi ab. Die letzte Hoffnung: der Sühnetermin vor Gericht. Aber die Scheidung wurde ausgesprochen und damit - das Todesurteil. Der Tod kam nicht über Nacht. Ein

langsameres Sterben beendete dieses Leben. Ein Sterben, ähnlich dem der Maria Orska. Auch Kitty Girardi wandte sich dem Genuss von Rauschmitteln zu. Lange einsame Nächte standen im Zeichen des Morphiums. Das öfteren erlitt Kitty Girardi Nervenzusammenbrüche. Ewiger Sturm umtoste das verunglückte Frauenleben. Manchmal tauchte die Unglückliche, der Schatten ihrer selbst, in Spielklubs auf. Sie wollte sich Ablenkung verschaffen. Sie verlor ihr Geld. Aber sie gewann nichts.

+

Schon vor wenigen Wochen unternahm Kitty Girardi einen Selbstmordversuch. Mehrere Tage lag sie bewusstlos im Krankenhaus, dann gelang es den Ärzten, das Leben zu erhalten. Einige Zeit lang schien es sogar, als ob wieder ein gewisser Wille zum Leben am Werk wäre. Kitty Girardi fuhr zu ihren Eltern nach Wien und erholte sich auch. Als sie nach Berlin zurückkehrte, befand sich eine Nichte in ihrer Begleitung, die von den Angehörigen beauftragt war, über das Leben Kittys zu wachen und es besonders vor der schleichenden Pest der Rauschmittel zu bewahren. Aber trotz aller Vorsichtsmassregeln gelang es der erst Vierunddreissigjährigen, sich Veronal zu verschaffen.

+

Noch am Montag abend weilte Kitty Girardi in einer Gesellschaft. Sie sah angegriffen, aber nicht krank aus; sie war nicht ausgelassen, aber auch nicht traurig. Kein Mensch ahnte, dass bereits am nächsten Morgen um 8 Uhr Kitty Girardi tot im Bett liegend aufgefunden werden würde. Als wenige Minuten später der Arzt kam, blieb ihm nichts weiter als die traurige Pflicht, den bereits eingetretenen Tod der Künstlerin festzustellen. Die Kriminalpolizei konnte nur darüber Ermittlungen aufnehmen, wie sich Frau Girardi in den Besitz von Veronal setzen konnte.

Sensationshungrige Berliner laufen jetzt in den ebenerst uraufgeführten Tonfilm "Die vom Rummelplatz", in dem Toni Girardi eine grössere Rolle spielt. Sie alle wollen wissen, wie der Mann aussieht, um den sich schon drei Frauen umgebracht haben.

+

+

+

Calmette-Opferzahl: 67. Die Zahl der Lübecker Säuglingsopfer stieg auf 67. 53 Säuglinge gelten noch als krank.

+

+

+

Grossfeuer im Vergnügungspark. Auf dem Kopenhagener Rummelplatz Dyrehavsbakken brach am Dienstag vormittag ein Brand aus, durch den die Berg- und Talbahn und zwei Cafes ein Raub der Flammen wurden. Die Polizei vermutet Brandstiftung. Sie nahm mehrere Verhaftungen vor.

+

+

+

Reichswehrmagazin in Flammen. Das zweistöckige Bekleidungsmagazin des vierten preussischen Infanterieregiments in Stargard wurde in den Morgenstunden des Dienstag eingeäschert. Der materielle Schaden ist beträchtlich. Die Frage, ob Selbstentzündung oder Brandstiftung vorliegt, ist noch ungeklärt.

+

+

+

Riesenkreditschwindelprozess. Vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Schöneberg begann am Dienstag unter Vorsitz von Landgerichtsrat Schenk ein grosser Darlehensschwindelprozess, dessen auf fortgesetzten Betrug und Urkundenfälschung lautende Anklage sich gegen den Kaufmann Bruno Goers, den Privatlehrer Banse, den Bankkommissionär Zech, den Kaufmann Riefenstahl und den Geldverleiher Hinrichs richtet. Die Angeklagten sollen zahlreiche unbemittelte und notleidende Leute dadurch betrogen haben, dass sie ihnen Geld zu leihen versprochen, vorerst aber ihre Aktivität darauf beschränkten, dass sie für dieses Versprechen Gebühren nahmen. Bei dieser Gebühreneinnahme soll es im wesentlichen geblieben sein, aber die Angeklagten, die sämtlich vorbestraft sind, behaupten das Gegenteil. Die Staatsanwaltschaft hat 100 Zeugen geladen. Also ist damit zu rechnen, dass der Prozess mehrere Wochen dauert.

+

+

+

Verhafteter Postvorsteher. In Marienbad (Tschechoslowakei) wurde der Vorstand des Postamtes, Obersekretär Schinka, verhaftet, weil er im begründeten Verdacht steht, jahrelang Geldbriefe unterschlagen zu haben. Der angerichtete Schaden dürfte in die Hunderttausende gehen.

Verbotene Liebe. Der Mady Christians-Tonfilm "Nur Dich hab ich geliebt" ist in Bregenz (Oesterreich) der Laune des Zensors zum Opfer gefallen. Eigentlich war der Zensor gegen den Liebesfilm nicht von Kopf bis Fuss eingestellt, sondern nur, behauptet er, gegen eine einzige Szene, da man die aber schwer aus einem Tonfilm schneiden kann, fiel der ganze Film unter den grünen Tisch.

Wo ist Anastasia? Die amerikanische Einwanderungspolizei hat einen Steckbrief auf Anastasia Tschaikowsky, die behauptet, die Grossfürstin Anastasia von Russland und die Tochter des Zaren Nikolaus II. zu sein, erlassen. Unter dem Namen Ms. Anderson lebte Anastasia ziemlich zurückgezogen in New York, litt jedoch in den letzten Tagen an Anfällen von Schwermut; man rechnet mit der Möglichkeit ihres Freitods. Die Nachfrage in den Leichenschauhäusern New-Yorks blieb ebenso vergeblich, wie die raschen telegraphischen Anfragen bei den Schiffen auf See.

Drahtloses Kino. Am Dienstag mittag wurde mit Hilfe eines neukonstruierten Telefunkenfernsehers auf Welle 70 über einen kleinen Kurzwellensender eine Reihe drahtloser Bilder von Nauen nach Geltow bei Berlin gesendet. Die drahtlosen Bilder erschienen auf einer Fläche von 15 : 15 Zentimeter. Gesendet wurden 20 Bilder pro Sekunde, man konnte also so etwas wie einen Zeitlupenfilm sehen. Die Nauener Vorführung zeigte im Endeffekt nichts absolut Neues, bewies aber, dass die drahtlose Fernsehtechnik von Filmen und feststehenden Bildern seit dem Vorjahre ausserordentliche Fortschritte gemacht hat. Das Ziel drahtlose Normalfilme senden zu können, ist natürlich noch lange nicht erreicht.

Tobsüchtiger Strassenschütze. Am Dienstag mittag erlitt in einer Strasse im Norden Berlins ein Arbeiter einen Tobsuchtsanfall. Er zog seinen Revolver und schrie fortgesetzt: "Ich werde mich bemerkbar machen!", schlug die Scheiben einer Telefonzelle ein, riss den Telefonapparat heraus und schoss in die Fenster einer Arztwohnung, ohne jedoch zu treffen. Erst nach grossen Mühen konnte der Tobsüchtige überwältigt und von Polizeibeamten gefesselt werden. Er wurde in eine Irrenanstalt gebracht. In letzter Zeit hat er wiederholt an geistigen Depressionen gelitten. Der äussere Anlass des Ausbruchs der Geisteskrankheit scheint am Dienstag ein Streit auf dem Wohlfahrtsamt gewesen zu sein. Es ging um die Rente...

Ludendorff contra Mathilde? Es geht das Gerücht um, dass Ludendorff sich von seiner zweiten Frau, der Ärztin und völkischen Schriftstellerin Dr. Mathilde Ludendorff-Kemnitz, scheiden lassen will. Die Gütertrennung ist bereits in diesen Tagen vor einem Münchener Gericht ausgesprochen worden.

Dawes studiert die Steinzeit. General Dawes, der Urheber des Dawes-Zahlungsplans und frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in England, beabsichtigt in der nächsten Woche eine Forschungsreise nach Frankreich und Spanien anzutreten, um in der Dordogne und in den Altamira-Höhlen die Steinzeitkultur der Mittelmeerzone zu studieren. An der Expedition beteiligen sich u. a. auch mehrere namhafte Wissenschaftler.



Kameradschaftliche Kritik.

Vorbildliche Debatte auf dem Metallarbeiterverbandstag.

SPD. Nichts hat der Arbeiterbewegung mehr geschadet als die teilweise Abwürgung des Kampfes der Geister durch Kommunisten und Nationalsozialisten. Durch freien Meinungs austausch ist die Arbeiterbewegung gross geworden. Revolutionierung der Köpfe war von Anfang an ihr Hauptkampfmittel. Seitdem aber die Moskauer und die Hitler-Knüppelgarden den Versammlungsterror zu einer besonderen Kunst entwickelt haben, hat die kritische Auseinandersetzung der Geister in der Arbeiterbewegung viel von ihrem früheren Elan verloren. Leeres Wortgedröhn, umrahmt mit allerhand Singsang und Klamaus, aber nicht Kampf der Argumente - das sind die öffentlichen Veranstaltungen der Kommunisten und Nationalsozialisten. Nicht Köpfe, sondern Kröpfe führen dort das grosse Wort. Und der Teufel Kapital lacht dazu. - - -

Wie fruchtbar und belebend sachliche Kritik wirken kann, dafür hat der Deutsche Metallarbeiterverband auf seinem Verbandstag ein vorbildliches Beispiel gegeben. Die Generaldebatte, die am Dienstag nach Entgegennahme der Geschäftsberichte einsetzte, hob sich von der auf dem letzten Verbandstag in Karlsruhe vorteilhaft ab. Nur selten wurde versucht, den Kongress mit bolschewistischen Phrasen einzunebeln. Wenn auch die "Opposition" auf dem Berliner Verbandstag nur mit 8 Mann vertreten ist, die zudem noch nicht einmal linientreu sind, so war doch manches Wort der Kritik, aber ehrlicher Kritik zu vernehmen. Damit wurde der Beweis erbracht, dass es auch heute noch genau wie in der Vorkriegszeit unter Gewerkschaftern taktische Meinungsverschiedenheiten gibt, die jedoch durchaus sachlich ausgetragen werden können, ohne dass das allen gemeinsame Endziel aus dem Auge verloren wird, und ohne dass man sich gegenseitig mit "Lumpf" und "Verräter" zu beschimpfen braucht.

Worin bestanden die Meinungsverschiedenheiten? Schäfer-Leipzig lehnte die bejahende Stellungnahme des Vorstandes zum Schlichtungswesen ab; er setzte sich mit aller Schärfe für das sogenannte freie Spiel der Kräfte im Wirtschaftskampf ein. Nach seiner Auffassung und - wie er betonte - auch nach seiner Erfahrung, versagen die staatlichen Schlichtungsinstanzen bei der Unterstützung kleiner oder organisatorisch schwacher Gruppen oder Branchen vollkommen. Für diese Kategorie werde kein annehmbarer Schiedsspruch für verbindlich erklärt und zwar mit der Motivierung, dass dafür kein öffentliches Interesse vorliege. Wo aber die Arbeiterschaft gut organisiert sei und die Aussichten für einen erfolgreichen Kampf günstig stünden, beeilten sich die Schlichtungsbehörden, den Anträgen der Unternehmer auf Verbindlichkeitserklärung völlig unzulänglicher Schiedssprüche nachzukommen. Durch diese Stellungnahme der staatlichen Schlichtungsinstanzen werde die Arbeiterschaft in ihrem Vormarsch gehemmt.

Der Vertreter der Karlsruher Metallarbeiter, Schulenburg, widersprach der Auffassung Schäfers, der sich auch andere sächsische Delegierte angeschlossen hatten. Schulenburg wies an Hand seiner Erfahrungen nach, dass die Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen zahlenmässig von der Arbeiterschaft viel stärker in Anspruch genommen wird als vom Unternehmertum, und dass ohne diese Hilfe viele Arbeitergruppen bestimmt nicht die Lohn- und Arbeitsbedingungen hätten, die sie heute haben. Schulenburg betonte, dass er damit keineswegs sa-

gen wolle, die Arbeiterschaft solle ihr Schicksal nun einfach den Schlichtern anvertrauen; davon könne keine Rede sein, aber das staatliche Schlichtungswesen sei so lange nicht zu entbehren, bis die Arbeiterschaft überall organisatorisch so stark sei, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen selbst mit den reaktionärsten Unternehmern allein zufriedenstellend regeln zu können.

Die Verschmelzungsverhandlungen mit dem Verband der Maschinisten und Heizer gaben dem Berliner Bevollmächtigten Urich Anlass zu dem Hinweis, dass dieser Verband die Verschmelzung nicht wolle und aus diesem Grunde Bedingungen gestellt habe, die der Metallarbeiterverband unmöglich annehmen könne. Der Verband der Maschinisten und Heizer habe dem Metallarbeiterverband sogar in Flugblättern öffentlich bekämpft; das sei ein unmöglicher Zustand. Urich kritisierte auch scharf das Verhalten des Verbandes der Maschinisten und Heizer im jüngsten Konflikt in der Nordwestgruppe. Der Metallarbeiterverband habe seine Mitglieder zur Nichtanerkennung des Nordwestschiedsspruchs aufgefordert, der Verband der Maschinisten und Heizer dagegen habe dem Schiedsspruch seine Zustimmung gegeben.

Volle Befriedigung löste die Erklärung des Vorsitzenden des Verbandes der Kupferschmiede, Jahrmarkt, aus, der nochmals betonte, dass die Vorstandsmitglieder seiner Organisation mit ihrem ganzen Herzen für die Verschmelzung mit der grossen Bruderorganisation seien und alle Kräfte aufbieten würden, um den Verbandsmitgliedern die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit des Anschlusses an den Metallarbeiterverband klar zu machen.

Kräftige Zustimmung fanden die Ausführungen der weiblichen Delegierten, die eine intensivere Schulung der Frauen durch verstärkte Agitation, stärkere Betreuung mit Funktionen der Organisation sowie eine aufmerksamere Behandlung des Problems der Frauenarbeit forderten.

Hinsichtlich des Ausschlusses von Verbandsmitgliedern wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens billigte der Verbandsausschuss die Beschlüsse des Hauptvorstandes bis auf zwei Fälle, wo den einsprucherhebenden Mitgliedern eine solche schädigende Haltung nicht direkt nachgewiesen werden konnte. Eine Entscheidung über diese beiden Fälle ist noch nicht getroffen worden.

Der Schriftleiter der Metallarbeiterzeitung, Kummer, schilderte die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaftspresse. In rund 1 Million Exemplaren gehe die Metallarbeiterzeitung Woche für Woche in alle Gaue Deutschlands, um gewerkschaftliche, soziale und wirtschaftspolitische Aufklärung zu vermitteln. Zu der in einem Antrag gestellten Forderung, die Metallarbeiterzeitung solle über Sowjetrussland objektiver berichten, erklärte Kummer, dass infolge der Unterdrückung der freien Meinungsäusserung in Russland die Metallarbeiterzeitung eigene objektive Berichte über das "Arbeiterparadies" nicht bekommen könne. Was sie bisher gebracht habe, sei jedoch eine rein objektive Wiedergabe von Artikeln der sowjetrussischen Gewerkschaftspresse. Die Uebersiedelung nach Berlin werde es nunmehr sicherlich ermöglichen, die Metallarbeiterzeitung noch aktueller zu gestalten.

Der Verlauf des zweiten Verhandlungstages und vor allem die Debatte über die Geschäftsberichte gaben ein Bild mustergültiger Geschlossenheit und kameradschaftlichen Suchens nach gangbaren Wegen aus dem augenblicklichen Massenelend - ein Bild, wie es erhebender kein Verbandstag der Nachkriegszeit geben hat.

SPD. Der dänische Typographen-Verband hat für die Mitglieder in den Provinzen einen zweijährigen Vertrag abgeschlossen. Er enthielt kleine Lohnverbesserungen und Verlängerung der Sommerferien um drei Tage auf mindestens 9 Arbeitstage.

Wirtschaft Technik Handel

Das neue Aktienrecht.

Kampf für Verbesserung - Das Recht der Betriebsräte.

SPD. Auch die organisierte Arbeiterschaft muss zu dem kürzlich vom Reichsjustizministerium veröffentlichten Entwurf zur Neuordnung des Rechtes der Aktienunternehmungen Stellung nehmen. Sie wird es nach dem Gesichtspunkt tun, ob die zunehmend gesellschaftliche Bedeutung und Funktion besonders der grossen Aktienunternehmungen in einer Neuordnung des Aktienrechtes genügend berücksichtigt wird. Man kann vom bürgerlichen Ministerialbeamten eine so klare Erfassung des Gegensatzes zwischen individuellem Eigentumsrecht an den kapitalistischen Produktionsmitteln und ihrer gesellschaftlichen Funktion, wie sie für Karl Marx selbstverständlich war, nicht verlangen. Aber den Verfassern des Entwurfs ist doch gedämmert, dass die in Riesenunternehmungen zusammengeballten Produktivkräfte heute unmöglich mehr als reine Privatangelegenheit ihrer juristischen Eigentümer behandelt werden dürfen, sondern als eine gesellschaftliche Angelegenheit betrachtet werden müssen. In der Begründung des Gesetzentwurfs sind in dieser Richtung ausdrücklich einige theoretische Feststellungen erfolgt. In der Formulierung der Paragraphen freilich, bei der es aufs Pfeifen und nicht aufs Mundspitzen ankam, ist es vielfach nur bei recht bescheidenen Ansätzen eines gesellschaftlichen Aktienrechtes geblieben.

Zunächst ist der Entwurf sehr stark darauf bedacht, den Aktionären möglichst viel von den Rechten zurückzugeben, die sie unter der Herrschaft diktatorischer Verwaltungen und Grossaktionäre verloren haben: der Herrschaftsbereich der mehrstimmigen Vorzugsaktien wird eingeschränkt, die Vorrats- und Verwertungsaktien werden im wesentlichen beseitigt, die Entziehung des Bezugsrechtes wird erschwert, das Auskunftsrecht der Aktionäre in der Generalversammlung wird erweitert. Diese Dinge dürften zweckmässig sein, da es feststeht, dass die Verwüstung der deutschen Effektenbörsen zum grössten Teil auf die Misshandlung der Aktionäre durch die Verwaltungen zurückzuführen ist. Vor den grossen Banken scheint freilich das Reichsjustizministerium insofern gekuscht zu haben, als man in dem Entwurf an dem Stimmrecht der Banken für ins Depot gegebene Aktien nichts geändert hat.

Auf der anderen Seite hätte freilich das gesellschaftliche Gesamtinteresse am Gesamtschicksal des Unternehmens in einer staatlichen Ueberwachung und Kontrollinstanz, d.h. einem selbst von einem Teil der bürgerlichen Presse geforderten Aktionärent Ausdruck finden müssen. Ueber diese zweifellose Notwendigkeit geht aber der Entwurf mit der Formel hinweg, dass gewisse Rechte der Aktionäre so weit eingeschränkt werden können, als das überwiegende Interesse der Gesellschaft oder der Allgemeinheit es erfordert. An einer solchen Kautschukbestimmung kann natürlich nur der eine Freude haben, der wünscht, dass eine wirksame gesellschaftliche Kontrollinstanz nach Möglichkeit nie in Funktion tritt.

Die Institution der Betriebsräte im Aufsichtsrat war bisher das einzige deutliche Zeichen dafür, dass gesellschaftliche und soziale Interessen in den Kapitalgesellschaften auch von den Massen des Volkes selbst wahrgenommen und gefördert werden sollen. Im ganzen neuen Entwurf kommt aber das Wort Betriebsräte nur an einer einzigen belanglosen Stelle vor, und es ist

grundsätzlich nichts geschehen, um durch eine klare Rechtsbestimmung die vielfach künstlich durch Bildung besonderer Kommissionen geübte Ausschaltung der Betriebsräte aus ihrer Aufsichtstätigkeit zu beseitigen. Allerdings liegt eine neue Bestimmung vor, die ganz allgemein jedem Aufsichtsratsmitglied das Recht zur Einforderung von Berichten und Auskünften gibt, eine Bestimmung, die auch tüchtigen Betriebsräten die Möglichkeit gibt, die bisherige Sabotage seiner Aufsichtsrechte durch die Verwaltungen zu durchkreuzen.

Auf einem Gebiete freilich darf man uneingeschränkt von einem Fortschritt der Gesetzgebung auch unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten sprechen. Das ist das Gebiet der Publizität in der Führung der Kapitalgesellschaften. Gerade die organisierte Arbeiterschaft wird jeden Fortschritt auf diesem Gebiet besonders zu schätzen wissen; denn jede Erweiterung der Kenntnisse der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Unternehmungen verbessert die Voraussetzungen zu ihrer Beherrschung und zweckvollen Veränderung. Der Entwurf fordert weitergehende Aufschlüsse über die Tätigkeit des Unternehmens im Geschäftsbericht (Produktions-, Umsatz- und Belegschaftsziffern werden freilich noch nicht obligatorisch gefordert), ferner eine erheblich stärkere Aufgliederung der Bilanz, als sie bisher besonders bei den grossen Unternehmungen üblich war, und das Gleiche gilt auch für die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Anwendung der Ver=
schleierungskünste wird nicht unerheblich erschwert. Zwar wird die Bildung stiller Reserven noch nicht verboten. Aber sie wird auf die Bewertung der Anlagen und Betriebsmaterialien beschränkt; für die Ab- und Zugänge (Abschreibungsfragen) werden genaue Angaben verlangt, und die beliebte Unterbringung von Gewinnen als stille Reserven unter den Gläubigern wird verboten. Dazu will der Gesetzentwurf die obligatorische Prüfung jeder Bilanz durch unabhängige Revisi=
onsstellen allen Kapitalgesellschaften zur Pflicht machen.

Es fehlt gewiss noch sehr viel an dem, was auch in der kapitalistischen Gesellschaft an Publizität möglich wäre. Gerade in der kapitalistischen Gesellschaft ist ja das so oft als Ausrede vorgeschobene Geschäftsgeheimnis meist
entweder kein Geheimnis oder aber kein Geschäft. Aber es ist doch unverkennbar, dass der Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums in den Publizitätsvorschriften die grösste Fortschrittlichkeit zeigt und dass von hier aus den vielfach geradezu schamlosen Irreführungen der Öffentlichkeit über Entwicklung und Lage grosser Unternehmungen ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Schliesslich wird in dem Entwurf durch ein neues Fusions- und Umwandlungs=
recht der Formveränderung von Einzelunternehmungen und der Herausbildung von Konzernen und Trusts insofern ein Dienst geleistet, als die Rechtsseite dieser Fragen bisher im wesentlichen eine Angelegenheit der Praxis war. Aber auch hier ist man, um ein Beispiel zu nennen, nicht zur Schaffung eines Konzernrechtes gekommen, wie es der Existenz der Konzerne als echter Wirtschaftseinheiten entsprechen hätte, und ebenso ist man auch an der Frage der Konzernbilanzen sehr vorsichtig vorübergegangen.

Jedenfalls lässt sich feststellen, dass der Entwurf eine Diskussionsgrundlage ist, die auch die organisierte Arbeiterschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen benutzen darf und soll. Es wird aber auch in diesem Punkte Aufgabe der deutschen Wähler sein, am 14. September die deutsche Sozialdemokratie so stark zu machen, dass sie bei der Beratung der Gesetze ihre Macht entscheidend zur Verbesserung des Entwurfs einzusetzen in der Lage ist.

SPD. Der deutsche Zementabsatz ist auch im Juli ungünstig geblieben. Er betrug nur 576 000 Tonne, während er im gleichen Monat des Vorjahres 867 000 Tonnen erreicht hatte.

Raubfutternotierungen.

(Berlin, den 19. August)

Drachtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....RM.	0,90 - 1.--
" " Weizenstroh " " "....."	0.75 - 0.90
" " Haferstroh " " "....."	0.70 - 0.80
" " Gerstenstroh " " "....."	0.70 - 0.80
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt....."	0.80 - 1.--
Bindfadengepresstes Roggenstroh....."	0.70 - 0.80
" " Weizenstroh....."	0.60 - 0.70
Häcksel....."	1.40 - 1.55
Handelsübliches Heu, gesund und trocken....."	1.55 - 2.--
Gutes Heu, gesund und trocken....."	2.20 - 2.50
Luzerne, lose....."	-
Thymothee, lose....."	2.60 - 3.--
Kleeheu, lose....."	2.60 - 2.90
Mielitz=Heu, lose, rein....."	-
" " " (Warthe)....."	-
" " " (Havel)....."	-
Drachtgepresstes Heu....."	0,40 über Notiz

Tendenz steig.

SPD. Wie unsinnig es ist, wegen der deutsch=finnischen Handelsinteressen die deutsch=holländischen Handelsinteressen aufs Spiel zu setzen, wie es bei dem jetzigen deutsch=finnischen Zollstreit geschieht, zeigen die Grössenverhältnisse des Ausfuhrüberschusses, den Deutschland nach Holland und nach Finnland aufweisen kann. Im Jahre 1928 hat Holland von Deutschland für 463 Millionen Mark mehr gekauft als Deutschland von Holland. Bei Finnland betrug die Ziffer nur 62 Millionen oder etwas mehr als ein Achtel. Im Jahre 1929 erreichte der deutsche Ausfuhrüberschuss nach Holland sogar 654 Millionen, der Ausfuhrüberschuss nach Finnland nur 74 Millionen. Im ersten Vierteljahr 1930 betrug der Ausfuhrüberschuss Deutschlands nach Holland 200 Millionen. Das entspricht ebenfalls einer sehr starken Steigerung. Der Ausfuhrüberschuss Deutschlands nach Finnland bezifferte sich nur auf rund 14 Millionen, das ist ein Vierzehntel desjenigen nach Holland. Dennoch brint man es durch Rücksichtnahme auf die Grossagrarien fertig, ein so ausgezeichnet gutes Geschäft wie das mit den Holländern in leichtfertiger Weise zu gefährden.

SPD. Ueber die Konjunktur im rheinisch=westfälischen Industriebezirk veröffentlicht die Abteilung "Westen" des Instituts für Konjunkturforschung einen Bericht, der die Erkenntnis von der absoluten Notwendigkeit stärkerer Preissenkungen, ganz besonders bei den Rohstoffen der Schwerindustrie, von neuem erhärtet.

Der Konjunkturrückgang im rheinisch=westfälischen Industriegebiet hat noch immer nicht aufgehört. In der Kohlenwirtschaft haben nur die Sommerpreise für die Eindeckung mit Hausbrand eine geringe aber längst schon abgeebbte Belebung gebracht. Der Absatz für Industriekohlen ist immer schwächer geworden, und die ausserordentliche Zurückhaltung der Industrie bei der Eindeckung ihres Kohlenbedarfs kann nicht deutlicher gekennzeichnet werden als durch die Tatsache, dass der Absatz von Industriekohlen bereits im Juni 1930 geringer geworden ist als in den schlechtesten Zeiten des schweren Krisenjahres 1926, während

gleichzeitig der allgemeine Produktionsindex heute immer noch im Reich recht erheblich über den Tiefstand von 1926 liegt. Dringender Kohlenbedarf der Industrie ist aber vorhanden. Man wartet aber offenbar ganz allgemein auf billige-re Kohlenpreise auch im deutschen Inland, d.h. im noch unbestrittenen Gebiet, um diesen Bedarf zu befriedigen.

In der rheinisch-westfälischen Eisenproduktion haben im zweiten Quartal 1930 die Auftragsbestände kaum zweidrittel der Vorjahresmenge erreicht. Der Bericht stellt fest, dass die ab Juni wirksamen Eisenpreiserhöhungen trotz der hinzugefügten späteren Preisnachlässe in Sonderfällen keine nachhaltige Belebung des Eisenmarktes zur Folge gehabt haben. Die bisher schon bestehende Zurückhaltung der Händler und Verbraucher sei durch die Hoffnung auf weitere Preis-senkungen zunächst nur gefördert worden. Also auch für Eisen tritt die wirtschaftliche Notwendigkeit zu weiteren Preissenkungen offen zutage.

Die rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwarenindustrie leidet unter der schlechten Beschäftigung des Baugewerbes, den ungenügenden Aufträgen der Reichsbahn und auch der gesunkenen Nachfrage der Landwirtschaft und der breiten Massen für Eisenfertigwaren. Es ist klar, dass eine weitere Senkung der Eisenpreise die Produkte der Eisen- und Stahlwarenindustrie verbilligen und damit auch deren Beschäftigung erweitern könnte. Das Institut für Konjunkturforschung stellt bei der Ruhrkohlenförderung gegenüber dem höchsten Stande von 1928 für Mai 1930 einen Rückgang um 16 %, bei der Kokserzeugung (für Juni 1930) einen Rückgang um 14 %, bei der Roheisengewinnung einen Rückgang um 33, bei der Rohstahlerzeugung um 38, bei der Walzwerksleistung um 36, bei der Gestellung von Kohlenwagen um 24 und von Güterwagen um 41 % fest. Das sind ganz gewaltige Rückgänge in der Beschäftigung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, denen nur Einhalt geboten werden kann, die durch eine Besserung der Konjunktur nur aufgeholt werden können, wenn man mit aller Energie zumindesten bei Kohle und Eisen an eine neue Senkung der Preise geht. Die Reichsregierung erhält in diesen Ziffern neue Beweise dafür, dass es zu einer wirksamen Durchführung ihrer Kartellaktion allerhöchste Zeit ist.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 19. August: I. 139 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz: ru-hig.

SPD. Die neuen preussischen Ernteschätzungen für Anfang August zeigen gegenüber dem 20. Juli noch eine weitere leichte Verschlechterung der Ernteeerträge. Bei Winterweizen bedeutete das ungünstige Wetter eine weitere Senkung des Hektarertrags von 20,6 auf 20,2 Doppelzentner. Die Ernte von 1929 -Preussen- wird aber dennoch (Mehranbau) etwas übertroffen. Die Rückgänge waren am stärksten in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hannover. Bei Winterroggen ergibt sich so gut wie keine Verringerung gegenüber der Zwischenschätzung (staatlicher Durchschnitt 15,8 Doppelzentner je Hektar) Erntemenge 5,56 Mill. Tonnen oder $\frac{1}{2}$ Million Tonnen weniger als 1929. Der Ertrag bei Sommerroggen ist ganz leicht erhöht, bei Sommergerste ganz leicht verringert; bei Hafer beträgt der Staatsdurchschnitt 15,9 gegen 16,1 Doppelzentner am 20. Juli.

Roggen weiter gestützt.

(Berliner Getreidebörse vom 19. August)

Die Berliner Produktenbörse vom Dienstag verkehrte in stätiger Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen speziell für Weizen zwar etwas schwächer, jedoch trat im Verlaufe der Börse wieder eine Befestigung ein. In effektiver Ware war Weizen stärker offeriert. Das Geschäft blieb ruhig. Es wurden nur um 1 Mark niedrigere Preise erzielt. Roggen musste weiter gestützt werden. Demzufolge konnten sich die Preise behaupten. Das Angebot aus der Provinz war weiter ausreichend, jedoch konnte sich reguläres Geschäft mit den Mühlen nur sehr schwer entwickeln. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Bewegung. Roggen- und Weizenmehl hatte kleines Bedarfsgeschäft zu letzten Preisen. Recht fest war Hafer veranlagt. Die Forderungen lauteten sehr hoch und konnten nicht immer durchgesetzt werden. Immerhin waren Preisaufrüche von 2 bis 3 Mark zu verzeichnen.

	<u>18. August</u>	<u>19. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	252 - 255	253 - 256
Roggen	166	167
Braugerste	205 - 225	205 - 225
Futter- und Industriergerste	183 - 198	183 - 198
Hafer	185 - 195	187 - 197
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,50 - 37,50	29,50 - 37,50
Roggenmehl	24,25 - 26,75	24,25 - 26,75
Weizenkleie	9,75 - 10,00	9,75 - 10,00
Roggenkleie	9,50 - 9,75	9,50 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 264 $\frac{1}{2}$ -265 (Vortag 265 $\frac{1}{2}$), Oktober 267 $\frac{1}{2}$ plus Geld (268), Dezember 274 $\frac{1}{2}$ -275 $\frac{1}{2}$ (275 $\frac{3}{4}$). Roggen September 175-175 $\frac{1}{2}$ (175 $\frac{1}{2}$), Oktober 178 $\frac{1}{2}$ -179 (178 $\frac{1}{2}$), Dezember 189-189 $\frac{1}{2}$ (189). Hafer September 182 (181), Oktober 187 (186), Dezember 192 (191).

Berliner Viehmarkt.

(19. August)

SPD. Der Schweinemarkt brachte nach erheblich verringerter Beschickung eine überraschend starke Steigerung der Preise. Die Zufuhren waren durch die Preisrückgänge in der vorigen Woche wesentlich geringer ausgefallen; ausserdem scheint die Preisbefestigung auf dem Schmalz- und Buttermarkt die Kaufstimmung noch angeregt zu haben. Die Schweinepreise konnten so durchweg um 5 bis 6 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht anziehen, so dass sich für die ganze letzte Woche eine recht beträchtliche Preisbesserung ergibt. Aehnlich, aber nicht ganz so stark war die Preisbefestigung auf dem Kälbermarkt, dessen recht geringe Beschickung bei anziehenden Preisen in allen Klassen die Räumung des Marktes ermöglichte. Bei den Rindern blieben im wesentlichen die Preise unverändert. Nur erstklassige Qualitäten zogen etwas an.

Amliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 44-48 (voriger Markt 44-50), b) 38-42 (38-42), c) 33-36 (33-36), d) 27-30 (28-30), Kälber: a) - (-), b) 70-77 (65-72), c) 65-75 (63-70), d) 56-62 (55-62), Schweine: a) (über 300 Pfund) 66-68 (61-62), b) (240-300 Pfund) 67-70 (63-64), c) (200-240 Pfund) 69-70 (64-65), d) (160-200 Pfund) 67-70 (62-64); e) (120-160 Pfund) 64-67 (60-62), f) (unter 120 Pfund) - (-) g) (Sauen) 60-62 (58).

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

9. Tag. V. Klasse. - Vormittagsziehung vom 19. August.

2 Gewinne zu je	200 000 Mk.	304439				
6 Gewinne zu je	5 000 Mk.	9793	159187	179852		
12 Gewinne zu je	3 000 Mk.	118358	248421	277564	302403	319856
		388648				
10 Gewinne zu je	2 000 Mk.	50346	194906	246735	279500	293043
44 Gewinne zu je	1 000 Mk.	57037	65599	123781	126815	140632
		141262	144628	160053	175125	185074
		212343	213813	243908	260813	328033
		331572	337420	352257	387337	393143
		393995	397508			
82 Gewinne zu je	500 Mk.	2136	11733	45749	58758	84375
		89840	91648	99430	99437	111262
		122729	131546	131796	146433	151926
		155049	155807	162981	170022	182694
		216527	219483	224005	237048	244320
		244740	250722	266069	278206	287722
		294219	295497	298001	299610	312719
		317464	323457	326837	341977	344955
		349073				
236 Gewinne zu je	300 Mk.	3831	4459	11814	14044	19741
		21777	22017	28143	34477	34527
		34533	37485	39988	42146	42608
		48598	51748	54824	55681	59159
		61084	68603	76339	78454	84180
		91872	94820	96522	105990	108433
		111942	113041	115549	115766	120630
		124358	124632	131283	131739	133750
		138181	140910	141748	142302	145929
		145958	149848	150407	150994	156431
		156749	166681	171092	171694	173222
		174827	178703	180328	188335	191601
		191828	191929	192954	205534	205555
		210655	215888	217974	222405	222902
		234281	240766	240817	247591	252287
		254612	256506	258767	260412	261879
		263942	268272	284424	292628	293636
		293944	303836	304407	305368	307358
		309398	314965	317503	329692	330059
		332183	355481	340658	342376	345628
		346571	347861	349828	351045	352122
		365374	365622	369308	374147	375533
		375587	382475	388039	388399	388959
		390838	393196	395324		

9. Tag. V. Klasse - Nachmittagsziehung vom 19. August.

2 Gewinne zu je	50 000 Mk.	42247				
2 Gewinne zu je	10 000 Mk.	5824				
4 Gewinne zu je	5 000 Mk.	81097	374586			
14 Gewinne zu je	3 000 Mk.	7625	37570	57906	227261	259640
		268383	359559			

6 Gewinne zu je 2 000 Mk.	168110	195306	383635				
30 Gewinne zu je 1 000 Mk.	19747	61169	83099	89246	95726	98929	
	185606	189727	213588	223949	225073	268148	
	275149	287750	305863				
78 Gewinne zu je 500 Mk.	32475	35521	37840	53085	68942	71782	
	72585	76799	94862	97759	111199	111897	
	121904	145903	152675	166123	178322	179463	
	183304	193227	195929	199773	242096	245488	
	251723	268019	280313	290678	312361	347052	
	348214	355880	356290	357112	364829	371775	
	391160	395000	398190				
194 Gewinne zu je 300 Mk.	2858	4371	7814	15426	18213	25249	
	26906	38104	38341	39643	43991	48596	
	52981	55735	56413	58834	62485	65414	
	66135	66598	81289	86774	87005	91271	
	95779	96599	98895	108369	110268	110782	
	118216	120999	121285	123121	130106	132395	
	141517	146983	149907	150871	156217	159315	
	160785	170657	171162	172130	176380	202325	
	202718	206838	207875	211782	216168	222926	
	226085	230692	231070	233355	237874	237901	
	242779	248592	251088	256020	268077	268799	
	279480	284301	284805	292018	292560	293438	
	299445	304696	305173	306494	308789	311288	
	321403	322275	326431	328179	336389	341531	
	344037	353052	354224	356743	364193	366677	
	368721	376165	382525	382702	390451	394807	
	399873						

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	2 Gewinne zu je 500 000 Mk.
2 Gewinne zu je 100 000 Mk.	2 Gewinne zu je 75 000 Mk.
2 Gewinne zu je 50 000 Mk.	8 Gewinne zu je 25 000 Mk.
62 Gewinne zu je 10 000 Mk.	114 Gewinne zu je 5 000 Mk.
312 Gewinne zu je 3 000 Mk.	558 Gewinne zu je 2 000 Mk.
1424 Gewinne zu je 1 000 Mk.	3142 Gewinne zu je 500 Mk.
8238 Gewinne zu je 300 Mk.	

SPD.